An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Freitag, den 9. Mai 1919. 8 Seiten.—Nr. 49.

Deutsche Delegaten werden instruiert

Sollen Gegenvorschläge machen und das Recht, mündlich mit den Alliierten zu konferieren, beanspruchen; Erklärungen der Delegaten

Berliner Presse über die Bedingungen erbittert

Berlin 8. Mai. (United Preß.) — Kanzler Scheidemann sagte heute in einer Rede unter anderem: „Die Regierung hat die Friedensdelegaten instruiert, Gegenvorschläge zu machen und das Recht mündlicher Diskussionen zu beanspruchen.„ Wir haben es mit einem Feinde zu tun, der infolge selbstsüchtiger Politik geblendet worden ist." Auf die 14 Punkte Präsident Wilson's verweisend, sagte er: ',Trotz des 5. Punktes des Präsidenten Wilson verliert Deutschland dennoch seine Kolonien und alle Rechte über Afrika."

„Graf Brockdorff-Rantzau hat den Gefühlen des Reiches und der Regierung getreu Ausdruck verliehen, als er sagte, daß wir die Bedingungen mit gutem Willen prüfen werden. Die Regierung wünscht allen Ernstes einen gerechten Frieden."

Ansichten der Delegaten.

Bern, 9. Mai. (United Preß.) — Der Versailler Korrespondent der Berliner Tageszeitung, welcher die deutschen Delegaten sprach, sagte, daß sich Herr Giesbert in folgender Weise geäußert habe: „Wir müssen Frieden mit Rußland machen und russische Truppen nach Deutschland kommen lassen."

Herr Landsberg soll folgendes gesagt haben: „Die Bedingungen übertreffen selbst die pessimistischsten Voraussetzungen. Es wird uns nach den von uns gemachten Beobachtungen nichts anderes übrig bleiben als Ja oder Nein zu sagen."

Deutsche Preßkommentare.

Berlin, 8. Mai. — Die Berliner Presse ist über die Deutschland gestellten Friedensbedingungen, die jetzt unoffiziell bekannt geworden sind, aufgebracht. Die Tageszeitung schreibt: „Annahme der Bedingungen bedeutet Armut, Hunger und Sklaverei. Schlimmer hätten die Bedingungen überhaupt nicht sein können."

Die Tägliche Rundschau schreibt: „Wilsons 14 Punkte sind unsichtbar; die demütigendste Forderung besteht in dem Verlangen, den Kaiser auszuliefern."

Das Tageblatt sagt: „Die Bedingungen übertreffen die schwärzesten Erwartungen. Die Delegaten müssen ihr Möglichstes tun, eine Abänderung der Bedingungen herbeizuführen."

Der Vorwärts schreibt: „Die Entente, die durch Wilson von Gerechtigkeit und Volksrechten plapperte, ist demaskiert. Wir mögen infolge von Hunger gezwungen werden, zu unterzeichnen; innerlich aber werden wir protestieren. Wir müssen uns darauf verlassen, daß das internationale Proletariat uns den wirklichen Frieden bringen wird."

Die radikale Freiheit sagt: „Mit dem Brest-Litovsk Frieden verglichen, sind die Bedingungen mäßig; mehrere Punkte aber laufen den Wilson'schen Punkten zuwider."

Berlin, 9. Mai. — Die Meldung, daß der ehemalige Kaiser vor einem internationalen Gericht prozessiert werden soll, hat hier in vielen Kreisen, namentlich unter den Frauen, großen Unwillen hervorgerufen. Letztere beabsichtigten, eine Massenversammlung abzuhalten, in welcher Proteste gegen die beabsichtigte Prozessierung erhoben werden sollten. Ein berühmter Arzt aber ist der Ansicht, den Ex-Kaiser unter Beobachtungen von Irrenärzten zu stellen, infolge dessen ein Prozeß ausgeschlossen sein dürfte. In der Täglichen Rundschau kennzeichnet Prof. Schiemann die Forderung, den Exkaiser zu prozessieren, als eine Mißachtung internationaler und moralischer Gesetze die durch Ueberlieferungen verschönt werden. „Nur das schlechte Gewissen der fünf Großmächte, Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan, welche seine Richter sein würden, machen uns ein derartiges Vorgehen verständlich", sagte er. Nachdem er die Vorgeschichte des Krieges von seinem Standpunkt aus Revue passieren ließ, schließt Prof. Schiemann, daß Sir Edward Gray, Hardinge, Findley, Nicholsen, Poincare, Delcasse, Clemenceau, Sazonoff, Iswolski, Goukhomlinoff, Northcliffe und die Redakteure des Temps, Matin und Novoe Vremya die wirklich Schuldigen sind, deren Prozessierung die deutschen Friedensdelegaten verlangen sollten.

Ueber Bedingungen erbittert.

Versailles, 9. Mai. — Die deutschen Delegaten haben sich einem der ihnen zur Verfügung gestellten französischen Offizieren gegenüber in erbitterter Weise über die unerwartet schweren Friedensbedingungen ausgesprochen. Die Delegaten sagten, sie hätten aus den Zeitungsberichten zu schließen, wohl weitreichende Bedingungen erwartet, auf Bedingungen aber, wie sie das Friedensprotokoll aufweist, waren sie nicht vorbereitet.

Ueber die Verhandlungen zwischen den deutschen Delegaten in Versailles und die Regierung in Weimar wird das strengste Geheimnis bewahrt. Ein deutscher Kurier ist gestern um 9 Uhr abends mit einer Abschrift der Bedingungen und einem Bericht des Grafen Brockdorff-Rantzau nach Weimar abgereist.

Standpunkt der Regierung.

Berlin, 9. Mai. — Die National Zeitung will wissen, daß die Regierung den Friedensvertrag nicht unterzeichnen wird, so lange derselbe Punkte enthält, die auf die „Unterdrückung Deutschlands" Bezug haben. So wird z. B. der Standpunkt der Alliierten hinsichtlich Danzigs und des Saartales nicht angenommen werden, schreibt die genannte Zeitung. Die deutschen Delegaten aber werden nichts unversucht lassen, über Abänderung dieser beiden Punkte Verhandlungen mit den Alliierten einzuleiten. Die drahtlose Verbindung zwischen dem Eifelturm und Nauen sind wieder hergestellt worden, so daß die deutsche Friedenskommission mit der deutschen Regierung in direktem Verkehr bleiben kann.

Hughes ungehalten.

London, 9. Mai. — Nach der Konferenz mit den deutschen Delegaten in Versailles äußerte sich der australische Ministerpräsident Hughes in nachstehender Weise: „Das Benehmen des Grafen von Brockdorff-Rantzau war für die Konferenz eine unerträgliche Beleidigung. Denn Premier Clemenceau hatte sich bei seiner Rede von seinem Sitze erhoben, während der deutsche Wortführer bei seiner Rede nicht aufstand. Trotz der unerträglichen Arroganz aber ist dieser Tag dennoch für die Deutschen eine Demütigung; man konnte ihnen dieses ansehen. William F. Massett, Premier von Neuseeland sagte: „Die Deutschen waren unverschämter und feindseliger, wie ich jemals zuvor gesehen habe."

Oesterreichs Friedensdelegaten.

Paris, 9. Mai. — Die Friedensdelegaten Deutsch-Oesterreichs befinden sich gegenwärtig auf dem Wege nach St. Germain, unweit von Paris gelegen, um dort mit dem Inhalt der Friedensbedingungen bekannt gemacht zu werden. Mitglieder der Friedenskommission sind: Dr. Franz Klein, Vorsitzender. Derselbe war von 1906 bis 1909 Mitglied des österreichischen Kabinetts und zählt zu den hervorragendsten Diplomaten Oesterreichs. Er ist 65 Jahre alt.

Professor Lamasch; derselbe war zur Zeit der Unterzeichnung des Waffenstillstands österreichischer Premierminister und ist ein bedeutender Jurist.

Prof. Rudolph v. Lann, ebenfalls hervorragender Jurist.

Rudolph Lodmann, war vormals Mitglied des österreichischen Unterhauses, in welchem er die Deutsch-Böhmen vertrat.

— **Man unterstütze die deutsche Presse, indem man zu ihrer Verbreitung beiträgt.**

Jugoslawen wollen gerufen worden sein

Paris, 9. Mai. — In jugo-slawischen Kreisen in Paris wird das folgende als Grund des Vormarsches der Jugo-Slawen auf kärtischem Gebiet mit Ueberschreitung der von der Waffenstillstands-Kommission festgesetzten Demarkationslinie namhaft gemacht:

„Die slowenische Bevölkerung von Kärnten war der Ausplünderung undisziplinieter Banden von Deutsch-Oesterreichern ausgesetzt. Die jugoslawischen Truppen wurden darauf hin eingeladen, die Grenze zu überschreiten, die Banden zu entwaffnen und das Gebiet temporär zu besetzen."

Amer. Flieger sind in Halifax angekommen

Halifax, 9. Mai.—Zchei der Marineluftschiffe, die NC-3 und NC-1, sind hier von New York eingetroffen und haben sich sofort mit dem nötigen Gasolinevorrat für den Flug nach Trepassey Bay versehen. Der Kreuzer Baltimore, der im Hafen auf sie wartete, lieferte es. Auf ihm hatten die Luftschiffer auch ihr Mittagessen, dem sich ein tüchtiger Schlaf anschloß. Keiner der Besatzung machte eine Erklärung über den Flug.

Die Bevölkerung von Halifax bereitete den Ankommenden einen großartigen Empfang, Dampfpfeifen und lautes Hurrarufen ertönten, als die NC-3 als erste ankam. Es war genau 7:58 (Halifax Zeit), neun Stunden, nachdem man von Rockaway abgeflogen war. Die zweite kam zehn Minuten später.

Chatham, Mass., 9. Mai.—Die Seeplane NC-4, die unbrauchbar geworden war, landete hier auf der Marineluftstation 5:18 morgens.

Washington, 9. Mai.—Die dienstunfähig gewordene NC-4 kam heute morgen 5:15 eine und eine halbe Meile von Küstenwache No. 40 in Sicht. Marineoffiziere sind der Ansicht, sie sei in keiner Gefahr, da man sie gesehen habe und daß wahrscheinlich ihre Motoren oder einer von ihnen den Dienst versagt haben.

Niemand in München wollte arbeiten

München, 9. Mai. — Nach vierwöchentlichem Wirrwarr ist jetzt in München wieder Ordnung eingezogen. Das letzte Kommunistennest ist durch Regierungstruppen ausgehoben worden. Die Hoffmann Regierung hat bekannt gemacht, daß es eine Regierung durch Volksräte ohne Kommunismus beibehalten werde. Prof. Bernhard, der von den Kommunisten als Geisel festgehalten, aber wieder befreit wurde, erklärt, daß das kommunistische Experiement in München in die Brüche ging, weil niemand mehr arbeiten wollte.

40,000 Soldaten suchen um Heimstätten nach

Washington, 9. Mai. — Etwa 40,000 Soldaten haben um Heimstätten nachgesucht, die sie beziehen wollen, sobald sie ausgemustert sind. Das veranlaßt Sekretär Lane das ursprüngliche Programm, das er dem Kongreß unterbreitet hatte, zu erweitern.

Es heißt, daß die zuerst für diesen Zweck geforderte Summe von $100,000,000 vielleicht auf $400,000,000 erhöht werden müsse.

Sekretär Lane beabsichtigt nicht nur, einem ausgemusterten Soldaten auf einer Heimstätte einen „Anfang" möglich zu machen, sondern ihm zu helfen, bis er unabhängig ist.

Tornado in Texas tötet 15 Personen

Corpus Christi, 9. Mai. — Das südwestliche Texas wurde von einem verheerenden Tornado heimgesucht; es heißt, daß 15 Personen umgekommen sind. Der angerichtete Schaden beziffert sich auf tausende von Dollars.

Scott Nearing darf nicht sprechen.

Columbus, O., 9. Mai.—Weil in andern Städten abgehaltene sozialistische Versammlungen zu Ruhestörungen geführt hätten, hat die Stadtverwaltung sich entschlossen, Prof. Scott Nearing, der hier eine Ansprache halten sollte, nicht sprechen zu lassen.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, 9. Mai. (Eigenbericht.)—Von all den Steuern, die jetzt dem amerikanischen Bürger auferlegt werden, dürfte wohl keine so unpopulär sein, wie die sogenannte Luxussteuer. Gleich nach dem 1. Mai, als diese Steuer in Kraft trat, hörte man, besonders von der Frauenwelt, Proteste gegen dieselbe, und diese Proteste werden wachsen, bis der Kongreß gezwungen sein wird, die am meisten Anstoß erregenden Paragraphen des Luxussteuergesetzes zu widerrufen. Es liegt in der Natur der Frau, Gelegenheitskäufe zu machen, und die Tatsache, daß bei diesen Einkäufen eine Steuer, mag sie auch noch so klein sein, von ihr zu zahlen ist, wird so irritierend auf sie wirken, daß sie nicht darüber hinweg kommen kann. Wohl mögen auch die Farmer nichts für diese Steuer übrig haben, aber sie wird auf sie doch nicht so einwirken, wie auf das Frauengemüt. Ohne Zweifel wird es schwer sein, den Durchschnittsmenschen davon zu überzeugen, daß es für ihn weise ist, eine Steuer zu zahlen, lediglich aus dem Grunde, daß der Kongreß willkürlich eine Preislinie gezogen hat, die Notwendigkeit und Luxus trennt. Wie absurd dieser ganze Abschnitt in den Steuerbestimmungen ist, tritt klar zu Tage, wenn man das Gesetz analysiert. Da mögen ein paar Artikel darin enthalten sein, für die gerechterweise eine Steuer gezahlt werden sollte; nehmen wir aber mal alles, was zur Kleidung gehört, in Betracht, so dürfte da kaum ein Artikel vorhanden sein, der nicht die Stellungnahme derer, die dafür verantwortlich sind, lächerlich macht. Jedermann weiß, daß man z. B. für $10.00 noch nicht extra gute Schuhe kaufen kann. Will man aber wirklich gute Schuhe haben, muß man natürlich mehr zahlen. Das heißt noch nicht Luxus treiben, das Gesetz bezeichnet es aber als solchen, weil man eben mehr als $10.00 bezahlt. Für einen einigermaßen guten Hut zahlte man früher $5, jetzt kostet derselbe aber $8, und bezahlt man nun die acht Dollars, gleich ist Onkel Sam bei der Hand und sagt, es ist ein Luxus, mehr als fünf Dollars zu zahlen, also bitte berappe die Luxussteuer. Und dasselbe ist der Fall mit allen Hemden, die mehr als drei Dollars kosten. Eine der populärsten Marken in Hemden konnte man vor dem Kriege für $1.50 kaufen. An demselben Tage, an dem die Steuer in Kraft trat, konnte man in jedem Herrenartikelgeschäft eine Ankündigung lesen, wonach das billigste Hemd dieser Marke $3.00 koste. Gewöhnliche Hemden sind also nach der Definition seitens des Kongresses Luxusgegenstände geworden. Und so gibt es eine Menge anderer Sachen, und der Kongreß wird wahrscheinlich mehr Proteste gegen diese Steuer erhalten als gegen irgend etwas anderes, das er bisher getan hat.

* * *

Der Maitag ist gekommen und gegangen, zurückgelassen aber hat er auf seiner Spur ein Verzeichnis blutiger Zusammenstöße zwischen Gesetz und Anarchie. Viele, sehr viele wurden verletzt, einige getötet in diesen Demonstrationen, die zu dem Zweck organisiert waren, den Protest der Unzufriedenen gegen die bestehende Ordnung der Dinge laut werden zu lassen—Demonstrationen, welche den indignierten Widerstand von Soldaten und Matrosen und anderen loyalen Bürgern hervorriefen und endlich zu Gewalttätigkeit und Blutvergießen ausarteten. Und über dem Ganzen lag der Schatten der niederträchtigen Bombenverschwörung, gerichtet gegen das Leben hervorragender Bürger, welche von geheimen Mördern zum Hinschlachten vorgemerkt waren. Eine große nationale Gefahr hängt über dem Lande. Die unzufriedenen Elemente organisieren sich unter dem Banner des Radikalismus, die rote Flagge oder Anarchie ist entfaltet und die Agenten des Bolschewismus sind tätig. Diese Gefahr mag noch größer sein als die, der wir während des Krieges gegenüberstanden, denn eine freie Regierung ist nun in Gefahr und die Grundpfeiler der amerikanischen Republik werden angegriffen. Die Gerichtshöfe sind dem Angriff preisgegeben, dem Gesetz wird Hohn gesprochen, die Regierung wird verdammt. Im Namen der Freiheit greift man die Wallmauern der Freiheit an. Und was ist da nun die Pflicht der patriotischen Bürger? Sollen die Amerikaner das Verbrechen begehen, nicht vorbereitet zu sein? Ausbrüchen der Gesetzlosigkeit kann erfolgreich nur mit Gewalt begegnet werden. Aber wir müssen noch mehr tun, wir müssen diese schädliche Pflanze mit der Wurzel ausziehen. Der lügnerischen Propaganda, die von Männern mit anerkannter Intelligenz gepredigt wird, muß ein Halt geboten werden, denn diese Propaganda treibt die geistig Minderwertigen zu Gewalttaten. Die Agitatoren nähren die Unzufriedenheit und stacheln zum Aufruhr an, indem sie die Wahrheit verdrehen und Verleumdung verbreiten. Diese Agitatoren verschreien die Gerichtshöfe als korrupt. Sie wissen, daß sie lügen, aber eins ihrer beliebtesten Mittel ist eben, Verachtung für Gesetz und Ordnung großzuziehen. Daß die Gerechtigkeitspflege hier und da irrt, ist sicher, denn keine menschliche Institution ist unfehlbar, aber diese Ausnahmefälle werden als Beweis dafür gebraucht, daß die Gerichtshöfe korrupt sind. In unseren Vereinigten Staaten fordert man jetzt viele Reformen. Sicherlich sind wir weit vorgeschritten, indessen liegt noch ein langer Weg vor uns mit neuen Ausblicken, neuen Idealen, welche wir ebenso auf dem Wege der Ordnung erreichen können, wie wir es in der Vergangenheit getan haben. Unserm amerikanischen Volke kann jede Gerechtigkeit unter unserer Form der Regierung zuteil werden. Wir haben die Mittel dazu, und der Weg liegt offen vor uns. Das ist die Lehre, die wir durch das Land verbreiten müssen, um den Radikalismus zu bekämpfen. Verleumdung und Lügen muß mit der Wahrheit zu überkommen suchen, die Brandredner der Gewalt zum Stillschweigen bringen, die Gesetzverächter einsperren und die Mörder hinrichten. Und je schneller das geschieht, desto besser.

Ekkehard.

Mord u. Selbstmord; versucht Selbstmord

Jesse Foland von Omaha, ein Arbeiter in den dortigen Schmelzöfen, erschoß in Waverly, nicht weit von hier, Dan Headley, verwundete Frau Headley im Arm und Leib und erschoß dann sich selbst.

Frau Headley war Folands Haushälterin in Omaha gewesen, hatte aber Headley vor ganz kurzem geheiratet. Foland soll rasend eifersüchtig gewesen sein.

Frau Headley war schleunigst nach Lincoln transportiert worden, wo man die Kugeln entfernte. Sie wird mit dem Leben davonkommen.

Headley war zwei Male vorher verheiratet und hinterläßt 8 erwachsene Kinder aus erster Ehe und 5 aus zweiter Ehe.

Frau Rosa Loy, 605 nördliche 18. Str. 25-jährig, versuchte am Donnerstag nachmittag, sich mit Gift aus dieser Welt zu schaffen, weil James Deaton, ein 23-jähriger Maler, obwohl er's versprochen, sie nicht besucht hatte. Frau Loy war vor kurzem aus dem Krankenhause entlassen worden und hält sich bei ihren Freunden auf. Sie wurde letzten Oktober von ihrem Manne geschieden.

Verlangt Angebote für 200,000 Tonnen Stahl

New ork, 9. Mai. — W. D. Hines, Generaldirektor der Eisenbahnen, kündigte heute an, daß er für die Bahnen öffentliche Angebote für die Lieferung von 200,000 Tonnen Stahl ausschreiben werde.

Dies geschah, nachdem er von seinen Vertretern informiert worden war, daß sie nicht imstande seien, von den Vertretern großer Stahlwerke billigere Preise zu erlangen, als sie mit dem gewerblichen Ausschusse des Handelsdepartements vereinbart worden waren.

Herr Hines will darauf bestehen, daß die Bahnverwaltung des Vorteils von Konkurrenzangeboten nicht verloren gehen, besonders da es sich um so große Aufträge handelt.

Arbeiter wollen ihr Bier.

Boston, 9. Mai.—Der staatliche Zweig der American Federation of Labor hat eine mit 125,000 Namen unterzeichnete Petition dem Staatssenat unterbreitet, in welcher um Erlaß eines Gesetzes ersucht wird, das den Verkauf von Bier, Ale und leichten Weinen, die nicht mehr wie 4 Prozent Alkohol enthalten, gestattet. Das Gesetz soll ein Local Option System einführen mit der Ausstellung von Lizenzen und der Einnahme von Steuern.

Die Belgier fühlen sich benachteiligt

Protestieren, weil Großbritannien das Mandat über Deutsch-Ostafrika erhalten; auch Italien soll sich vernachlässigt fühlen

Völkerliga rechtfertigt franz. Schutzbündnis

Paris, 9. Mai. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Preß.) — Es verlautet heute, daß die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Oesterreich ihrer Vollendung entgegen gehe. Die „Großen Vier" beriefen die Sachverständigen auf dem Gebiet der Oekonomie und des Finanzwesens zur Konferenz, um mit diesen mehrere wesentliche Punkte zu besprechen.

Die hiesigen Delegaten scheinen mit dem den Deutschen unterbreiteten Friedensvertrag im allgemeinen zufrieden zu sein, nur die Verteilung der deutschen Kolonien ist mehreren Delegaten nicht genehm. So haben zum Beispiel die Belgier protestiert, weil die „Großen Vier" den Briten das Mandat über Deutsch-Ostafrika übertragen haben. Die Belgier behaupten, daß ihnen das Mandat hätte zufallen sollen, weil belgische Truppen bei den Kämpfen in jenen Gebieten wichtigen Anteil genommen hatten. Unoffiziell wird auch gemeldet, daß die Italiener unzufrieden sind, weil ihnen überhaupt keine Mandate zugesprochen worden sind.

Oscar Strauß, der amerikanische Sachverständige auf dem Gebiet des Völkerrechts, wurde gefragt, was er von dem Uebereinkommen zwischen den Ver. Staaten, Großbritannien, Frankreich zur Hilfe zu eilen, falls es von Deutschland angegriffen werden sollte, halte.

„Anstatt die Liga zu schwächen, würde ein derartiges Uebereinkommen dazu beitragen, die Völkerliga zu stärken", sagte er. „Es würde der erste Schritt zur Abschaffung der Geheimverträge sein. Ein derartiger Schritt ist ebenso nötig, wie die Monroe Doctrine, denn Frankreich befindet sich in einer eigentümlichen Lage. Auch hat es in diesem Kriege die größten Leiden auszustehen gehabt. Die Wahrscheinlichkeit liegt nahe, daß es das Elend nochmals durchzumachen haben würde, sollte es von Deutschland angegriffen werden. Das vorgeschlagene Uebereinkommen ist eine vollständige Rechtfertigung der Prinzipien der Völkerliga."

Hitchcock und Norris über Friedensvertrag

Washington, 9. Mai.—Die beiden Senatoren Hitchcock und Norris von Nebraska gaben gestern ihrer vollsten Zufriedenheit mit dem Friedensvertrage Ausdruck.

Nach Senator Hitchcocks Ansicht besteht die höchste Vollendung des Vertrags darin, daß „die Konstitution" der Völkerliga so eng mit ihm verwoben ist." Er meint, daß das große Dokument ungeheuer verschieden sei von dem, das im Wiener Frieden 1815 die Napoleonischen Kriege beendete, weil es sich auf Gerechtigkeit aufbaut und den Frieden der Welt für die Zukunft sichert. Es erfülle Lloyd Georges Versprechungen und ersetze die von den „U" Booten verursachten Verluste; es entspreche den höchsten Ansprüchen der Moral dadurch, daß es den ehemaligen deutschen Kaiser vor ein Tribunal zitiere. Deutschland strikt reguliere; Gesetze festsetze, die ihm eine Wiederholung seiner letzten Taten unmöglich mache; beantworte das Verlangen nach besseren Arbeitsverhältnissen und garantieren die Besetzung des linken Rheinufers für eine Anzahl von Jahren.

Diese ungeheure Arbeit sei in überraschend kurzer Zeit vollbracht worden, vergleiche man die letztere mit der von der Wiener Konferenz verbrauchten, die die doppelte Länge für ihren miserablen Vertrag nötig hatte.

Der Senator glaubt, daß „intelligente Leute zu der Einsicht kommen werden, daß der Vertrag ohne die Völkerliga so gut wie unmöglich und wirkungslos sein würde."

Senator Norris erklärte sich etwa folgendermaßen: „Was ich an dem Friedensvertrage besonders gut finde, sind die Bestimmungen über Kriegsrüstung. Für meine Person finde ich, sie hätten noch weiter gehen sollen, sie hätten Deutschlands Waffengewalt noch mehr beschneiden sollen. Ihm sollten nicht einmal 100,000 Truppen erlaubt worden sein. Auch seine Marine ist noch zu mächtig."

Unter der Anklage des Muttermordes

Creston, Ia., 9. Mai.—Roy Emerson wurde unter der Anklage, seine Mutter ermordet zu haben, in Haft genommen. Frau Charles Emerson wurde im Schacht des Fahrstuhles tot aufgefunden, in dem Möbelladen, den sie führte. Sie hatte einen Schädelbruch erlitten und beide Beine waren gebrochen. Aerzte, welche die Leiche untersuchten, erklärten, daß ein Fall von 20 Fuß unmöglich eine derartige Verstümmelung des Körpers herbeiführen könnte. Bei der Coroners Untersuchung ergab sich die Tatsache, daß Mutter und Sohn sehr oft Wortwechsel miteinander hatten und es wurde gesagt, daß der Sohn oft Drohungen gegen seine Mutter ausgestoßen habe. An einem Anzug des Emerson sollen Blutflecken entdeckt worden sein.

Victor Bergers Zeitung.

Washington, 9. Mai. — Im Appellgericht des Distrikts Columbia wurde das Vorgehen des Generalpostmeisters Burleson, welcher dem „Milwaukee Leader", dessen Redakteur Victor Berger war, das Postdebit entzogen hat, für gut befunden, indem es einen Antrag auf Erteilung eines Mandamus-Befehls zurückwies. Das Gericht erklärte, daß die Zeitung unzweifelhaft Artikel brachte, welche der Regierung feindlich und den Zentralmächten freundlich waren und die Regierung bei der Führung des Krieges behinderten. In der von Richter Robb abgefaßten Entscheidung heißt es jedoch, es sei zweifelhaft, ob der Postmeister die Autorität habe, eine General-Order betreffs Verweigerung des Postdebits für Zeitungen zu erlassen, da in der Verfassung nichts von einer solchen Autorität enthalten sei.

Angewiesen, Vertrag nicht zu unterzeichnen

Paris, 9. Mai.—Die chinesische Delegation wurde heute per Kabel von ihrer Regierung angewiesen, den Friedensvertrag wegen seiner Bestimmung über Kiau-Tschau und Shangtung nicht zu unterzeichnen.

Präsident Wilson wird Belgien bald besuchen

Paris, 9. Mai.—Präsident Wilson wird Belgien bald besuchen, so heißt es, und wird eine wichtige Rede während seiner Fahrt durch das Land halten.

Dougherty Mayor von Davenport.

Davenport, Ia., 9. Mai.—L. J. Dougherty, Geschäftsleiter der Guaranty Life Insurance Co., wurde vom Stadtrat an Stelle des bisherigen Mayors Charles M. Littleton, der unlängst vom Amt zurücktrat, zu dessen Nachfolger erwählt. Republikaner und Demokraten stimmten für Herrn Dougherty. Der andere Kandidat, Dr. C. L. Berwald, wurde von den zwei Sozialisten des Stadtrates unterstützt.

Wetterbericht.

Für Omaha und Umgegend — Schön und wärmer heute abend und Samstag.

Für Nebraska—Allgemein schön heute abend und Samstag. Wärmer heute abend und im östlichen Teile am Samstag.

Für Iowa—Schön heute abend; etwas wärmer im östlichen und zentralen Teile; Samstag schön und wärmer.